

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Otte, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.  
Druck und Versand Joh. van Hagen, Erstedt, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

## Gutes

Wir können wir nie genug. Daß wir mehr als bisher tun müssen in dieser Zeit der Selbstsucht und des Materialismus, ist allen Einsichtigen klar. Bei unserm täglichen Arbeits-

## Werk

wollen wir damit beginnen. Denn es gilt hier den Arbeitsbrüdern und -Schwestern zu helfen. Es ist so Vieles, was wir ihnen tun können, aber das Beste soll sein, ihnen durch das Beispiel der Tat, den lebendigen Geist zu zeigen, der in unsern Berufsverbänden lebt und sie mitzureißen auf die Bahn christlichen Gemeinschaftsgeistes. Die Welt

## lobt

sich wohl nicht dafür. Aber eine innere Befriedigung gibt die Tat

## sich selbst.

## Führer.

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir von einem alten Gründungsmitglied unseres Verbandes nachfolgende beachtenswerte Zeilen:

In der gewerkschaftlichen Presse, auf Verbandskonferenzen, -tagungen und -versammlungen werden für die Agitations- und Organisationsarbeit immer und immer wieder neue Gesichtspunkte angeführt, neue Mittel empfohlen, neue Wege gesucht und gefunden, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Das ist recht so. Es zeugt von Leben und Beweglichkeit, von Geist und Schwungkraft.

Im Nachstehenden soll die Aufmerksamkeit noch einmal gelenkt werden auf einen Faktor des Verbandeslebens, der zwar nicht neu, aber von geradezu ausschlaggebender Bedeutung ist. Es sind dies die Führer der Bewegung. Ich denke zunächst an die freigestellten Führer, die Offiziere der gewerkschaftlichen Armee. Der einheitliche Geist in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bringt es mit sich, daß hier der Führer diesen Namen mit Recht trägt, während er drüben im radikalen Lager heute vielfach in Wirklichkeit der Geführte ist.

Gerade die Gegenwart mit ihren gigantischen Aufgaben stellt an die Führer die größten Ansprüche. Alles blickt auf sie, alles erwartet schließlich von der rechten Führung die Rettung. So ist es im Staats- und politischen Leben, nicht anders liegt es auf wirtschaftlich-gewerkschaftlichem Gebiete. Mag auch die große Masse heute vielfach geringschätzig sprechen über die Führenden im Allgemeinen, so beweist das doch schließlich nichts weiter, als daß eben in die Führer jeweils große Erwartungen gesetzt werden. Wie nachträglich über die Führer der militärischen Armee geurteilt wird, braucht und kann man meist nicht billigen. Aber eins geht deutlich daraus hervor: Die Geführten erwarten vom Führer alle Tugenden!

Im gewerkschaftlichen Leben ist es ebenso. In dieser Frage hat uns der Krieg recht eindringliche Lehren gegeben, die allenthalben beachtet werden sollten. Niemals war die gewerkschaftliche Führertätigkeit so wenig beneidenswert als in unserer Zeit. Die christliche Gewerkschaftsbewegung stellt in dieser Beziehung sogar noch besondere Ansprüche. Die Wucht der Verhältnisse ist ganz außergewöhnlich, die Aufgaben türmen sich, das Maß der Arbeit übersteigt oft die Kräfte. Die Gefahr der Uebermüdung und der Verzögerung wächst. Einen Führer aber kann ein größerer Vorwurf nicht treffen als der der Mutlosigkeit. Auch in der gewerkschaftlichen Armee führt mangelnder Mut zum Erliegen und zum Untergang. Unsere Sache aber verdient es, sich mit Mut für sie einzusetzen. Und mit Begeisterung. Begeisterung ist das Schwungrad des Lebens. Auf sie kann umso weniger verzichtet werden, je mehr Hindernisse im gewerkschaftlichen Kampf zu nehmen sind. Kann der Führer sich und seine Gefolgschaft für die Arbeit und das Ziel nicht begeistern, wird er kaum jemals einer Großtat fähig sein.

Vom Führer wird ferner erwartet, daß er sich jederzeit mit Freudigkeit zu seiner Fahne bekennet. Die unfrige trägt die Inschrift christlich-national. Hier liegen die Triebkräfte der Bewegung. Nie war es so notwendig als in der Gegenwart, sich laut und stolz und überall zu ihnen zu bekennen und sie zu verteidigen. Nichts wirkt stärker und nachhaltiger als solch ein freies Geständnis.

Die örtliche Führerschaft, all die Kollegen und Kolleginnen an Vorstands- und Vertrauensposten werden festgegründeten Persönlichkeiten mit Befennermut opferfreudig Gefolgschaft leisten.

Für die Agitation werden dadurch die wertvollsten Kräfte mobilisiert. In der Zeit der Gewinnung der Falschorganisierten scheinen die angezogenen Gesichtspunkte doppelt beachtlich. Sie werden zum Ziele führen helfen. Mächtig unsere Führer samt und sonders stets wachsen und sich bewähren in Mut, Begeisterung und freudigem Bekenntnis. H. V.

## Vom Grundgedanken des Sozialisierungsproblems.

Wie die Demokratie seit Oktober 1918 an die Spitze der politischen Forderungen gestellt worden ist und mit diesem Worte die neue Staatsform charakterisiert wurde, so soll durch das Wort Sozialisierung der Grundcharakter der neuen Wirtschaftsverfassung zum Ausdruck kommen. Die verschiedenen Meinungen über den Sinn des Wortes Sozialisierung erklären sich einmal aus dem sehr dehnbaren Worte Sozialisierung selbst, sodann aus den kommunistischen und radikalsozialistischen Nebenströmungen der Revolution. Auch mit Rücksicht auf die Nationalisierung des Wirtschaftslebens in Rußland sind solche Meinungen verständlich.

Würde aber die Sozialisierung nur auf solche radikalen Experimente hinauslaufen, so könnte man tatsächlich nur mit großer Sorge der zukünftigen Entwicklung entgegensehen und müßte mit aller Entschiedenheit Front machen gegen diese gewissenlosen Versuche. Auf das richtige Maß zurückgeführt und auf eine Formel gebracht, könnte man das Ziel einer vernünftigen Sozialisierung wohl so ausdrücken:

Sozialisierung heißt Durchsetzung der Interessen des Gesamtvolkes gegenüber reinem Privatinteresse allüberall da, wo das Sozialinteresse durch die Herrschaft der rein privatwirtschaftlichen Wirtschaftsweise gefährdet ist oder gefährdet werden könnte.

Eine Abschaffung des Privateigentums kann bei einer solchen Forderung nicht in Frage kommen. Vielmehr richtet sich der Gedanke der Gemeinwirtschaft gegen den Mißbrauch der Einrichtung des Privateigentums. Ein solcher Mißbrauch und damit auch ein Verstoß gegen die christliche Grundlage der Kultur liegt zweifellos dann vor, wenn die Macht über große Massen von Produktionsmitteln ausgenutzt wird zur Ausbeutung des Volkes, wenn mit dem Eigentum Mißbrauch getrieben wird, wenn von einer Erwerbsgruppe ihre Eigeninteressen vertreten werden ohne Rücksicht oder gar zum Schaden der Allgemeinheit. Eine Verzerrung und Ueberschreitung des Eigentumsbegriffs wäre auch dann gegeben, wenn einer wachsenden Besitzanhäufung die Armut weitester Volksschichten gegenüberstände. In all diesen Fällen muß das Sozialinteresse, das Wohl der großen Masse des Gesamtvolkes, das Wohl der wirtschaftlich Schwachen dem Wunsche einzelner übergeordnet werden.

Hier liegen die tiefen Wurzeln einer berechtigten Sozialisierung — Damit aber ist auch schon gesagt, daß die Sozialisierung sich in verhältnismäßig engen Grenzen bewegen wird und bewegen muß. Das allgemeine Wohl soll gefördert, nicht geschädigt werden. Eine schablonenhafte Verstaatlichung eines möglichst großen Teiles der Produktion würde diesem Zwecke nicht dienen, sondern ihm eher entgegenwirken. Es gibt sehr viele Betriebe, bei denen staatlicher Betrieb weniger gut arbeiten kann als privater Betrieb. Das wird z. B. überall da der Fall sein, wo die Produktionstechnik noch in vollem Fluß ist, wo gewissermaßen jeder Tag neue technische Fortschritte bringen kann. Ein Beispiel dafür bietet die Industrie der Maschinen und Apparate. Hier kann man einseitigen Staatsbetrieb nicht brauchen. Auch dort, wo der Produzent Rücksicht nehmen muß auf die Mode, auf den Geschmack, wo er sich stets den wechselnden Bedürfnissen des Marktes anpassen muß, ist an eine Verstaatlichung nicht zu denken. Und so in manchen anderen Fällen.

Auch von sozialistischer Seite ist gesagt worden, daß bei kleineren selbständigen Betrieben des Gewerbes, daß bei bäuerlichen Betrieben der Landwirtschaft nicht an eine Bergesellschaftung gedacht werden könne.

Ueberhaupt ist die Gemeinwirtschaft nicht so aufzufassen, als ob nun überall an die Stelle des privaten Unternehmers der Staat als Unternehmer, als Produzent treten solle. Das wird vielleicht auf einzelnen Gebieten der Fall sein, ähnlich wie schon der frühere Staat Finanz- oder Verkehrsmonopole (Eisenbahn, Post) durchgeführt hat, aber im allgemeinen wird die Bergesellschaftung die private Produktion bestehen lassen und auch da, wo sie einsetzt, solche Formen annehmen, die der neuzeitlichen Entwicklung entsprechen.

Eine solche, für Volk und Wirtschaft schwerwiegende Frage, wie es die Frage der Sozialisierung ist, darf nicht, wie es die Sozialisten tun, vom Agitationsstandpunkt aus betrachtet werden, sondern muß alle Folgerungen für Wirtschaft, Volk und Einzelstand mit in Erwägung ziehen, denn davon hängt auch Aufstieg oder Abstieg der Arbeiterschaft ab. Von der politischen Sozialdemokratie und von den sozialistischen Gewerkschaften ist die Sozialisierungsfrage aber wieder in den Tageskampf mit aller Schärfe geworfen worden, nicht etwa aus volkswirtschaftlichen oder aus sozialpolitischen Gründen, sondern aus parteipolitischen Erwägungen, um die sozialistisch organisierten Massen von dem ungeheuren Wirrwarr im eigenen Lager abzulenken und sie für ein gemeinsames Ziel zusammenzuführen. Ob und wie die Sozialisierung durchgeführt werden kann, darüber läßt man sich im sozialistischen Lager keine grauen Haare wachsen; vorläufig ist man schon zufrieden, einen Agitationslager zu haben.

Einen Beweis für die Wichtigkeit dieser Tatsache erbringt die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“, die in ihrer Nr. 50/1920 die Verstaatlichung der Schwerindustrie fordert. Von allgemeinem Interesse ist nun, was das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes zu dieser Forderung bemerkt. In der Nr. 2/1921 führt es hierzu u. a. aus:

Ohne auf die notwendige Umformung der Wirtschaft in diesem Artikel einzugehen, wie sie sich tatsächlich durch die Arbeitsgemeinschaften, Selbstverwaltungskörper usw. schon vollzieht, wollen wir nur einmal kurz zeigen, wie die von der „Metallarbeiterzeitung“ so sehr gepriesene Sozialisierung der Schwerindustrie in Wirklichkeit ausfallen würde.

In Bayern haben wir eine Anzahl staatlicher Hüttenwerke, die schon lange vor dem Kriege verstaatlicht, also sozialisiert waren. Arbeiteten nun diese verstaatlichten Hüttenwerke besser oder rentabler als Privatbetriebe? Stand die Arbeiterschaft in diesen Betrieben hinsichtlich Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf einer höheren Stufe als in der Privatindustrie?

In beiden Fällen blieben die staatlichen Hüttenwerke zurück hinter den Privatbetrieben, die unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten gezwungen waren, wie die staatlichen Betriebe.

Staatsbetriebe sollten zum mindesten nach diesen beiden Seiten hin vorbildlich und führend sein, aber das Gegenteil ist der Fall. Infolge ihrer Schwerfälligkeit arbeiten sie unrentabel, und infolge ihrer geringen Rentabilität sind denn auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft nicht die besten zu nennen. Ja, sie sind in sehr vielen Fällen geringer, als in der leistungsfähigen Privatindustrie.

Im Jahre 1913 wurde im bayerischen Landtag das außerordentliche Budget behandelt, in dem es sich um staatliche Erweiterungs- und Neubauten handelte. Bei dieser Gelegenheit wurde vor Bewilligung der entsprechenden Summen für die staatlichen bayerischen Hüttenwerke deren Rentabilität erörtert. Ueber die Betriebsergebnisse lagen folgende Angaben vor:

	1910	Fehlbetrag	Ueberschuß
Amberg	258 180,73 M.		
Berzen	104 306,51 M.		
Bodenwöhr	8 006,21 M.		
Oberweißflatt			2 520,94 M.
Sonthofen			53 925,70 M.
Weißherhammer	3 481,29 M.		
		373 974,74 M.	56 446,64 M.
	1911		
Amberg	450 157,68 M.		
Berzen	16 088,70 M.		
Bodenwöhr			16 015,71 M.
Oberweißflatt			2 649,09 M.
Sonthofen			30 671,12 M.
Weißherhammer			14 967,92 M.
		486 246,38 M.	64 104,84 M.



	Fehlbetrag	Ueberschuß
1912		
Amberg		24 364,19 M.
Berger	70 708,21 M.	
Bobentwöhr	42 898,48 M.	
Oberreuth		13 088,82 M.
Geithausen		17 397,13 M.
Weiberhammer	83 656,10 M.	
	147 258,79 M.	55 416,14 M.

In der Reichsratskammer kam der Referent zu dem Schluß: Die Regierung möge die Hüttenwerke bei nächster Gelegenheit verkaufen oder verpachten; die nachfolgenden reichsrätlichen Redner stimmten dem bei.

Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Marzhütte in Hofenberg und das Eisenwerk Tafel bei Nürnberg sowohl geographisch wie auch in manchen anderen Hinsicht die gleichen oder schlechteren Bedingungen haben als die staatlichen Hüttenwerke in Bayern. Sie schnitten aber vorzüglich ab, hatten gute Erträge und reichliche Aufträge. Nach der Bilanz von 1913 betrug der Reingewinn der Marzhütte ungefähr 4 Millionen und sie konnte in den Jahren 1910 bis 1913 jedes Jahr zwischen 20 und 30 Prozent Dividende verteilen. Beim Eisenwerk Tafel in Nürnberg betrug nach der Bilanz von 1913 der Reingewinn 175 000 M. und die verteilte Dividende stellte sich in den Jahren von 1910 bis 1913 zwischen 7 und 11 Prozent. Die gleichen Erfahrungen zeigen sich auch bei anderen Werken, die nicht in Staatsregie arbeiten.

Die staatlichen Hüttenwerke in Bayern hatten also in den drei Jahren einen Fehlbetrag von rund einer Million Mark, gegenüber einem Ueberschuß von rund 180 000 M. auf der anderen Seite.

Wir wollen hier nicht all den Ursachen für die Instabilität der Staatswerke nachgehen, es genügt die Feststellung der Tatsache.

Das böse Beispiel der bayerischen Staatswerke würde sich auch ebenso bei den anderen Werken der Schwerindustrie zeigen, wenn sie in Staatsregie genommen würden. Ob die Arbeiterchaft gut dabei fahren würde, ist auf einem anderen Blatt.

Die Frage der Sozialisierung der Schwerindustrie kann nicht vom Schlichtungsamt aus behandelt werden, sondern von sozialpolitischen und industriepolitischen Gesichtspunkten. Sind für Arbeiterchaft, Gesamtheit und für die Produktionsmöglichkeiten die Aussichten bei einer Sozialisierung gebessert? Es kommt für Arbeiterchaft und Wirtschaft darauf an, ob durch die Sozialisierung die Arbeiterchaft jetzt mehr Lohn und Brot bekommt, ob jetzt dadurch eine Erhöhung der Produktion möglich ist, jetzt und nicht erst nach zehn Jahren.

Die Sozialisten wissen selbst und haben es oft genug gesagt und geschrieben, daß eine Sozialisierung bei einer darniederliegenden Wirtschaft nicht möglich ist.

Jetzt reden sie aus rein taktischen Gründen das Gegenteil und die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ macht es genau so.

Ein solches Doppelspiel in einer Lebensfrage der deutschen Arbeiterchaft mögen sich unsere Kollegen gut merken und der Phrase schärfen Widerstand leisten. Besonders in dieser Sache heißt es, Köpfe behalten und sich nicht für rote politische Ziele gebrauchen zu lassen.

## Die christlich-soziale Auffassung vom Wirtschaftsleben.\*)

Der Mensch ist der Mittelpunkt für alle Regelung menschlicher Verhältnisse. Nach der Seite des Wirtschaftslebens hin bedeutet das: Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt der Mensch für die Wirtschaft. Natürlich muß man sich hier nicht einen einzelnen Menschen mit seinem kurzen Erdenbestehen vorstellen, sondern die durch Jahrhunderte und Jahrtausende sich fortwährende Menschengattung. Die Naturanlagen des Menschen bestimmen ihn ja nicht zum Leben für sich in der Vereinzelung, sondern zum Leben in der Gesellschaft. Im Rahmen des Gesellschaftslebens vollzieht sich das Leben des Menschen. Gott gab dem Menschen in diesem Sinne die Erde mit allen ihren Kräften und Gütern, daß er sie sich untertan mache. Sie soll er benutzen, um sein Streben nach Glück und nach Vollkommenheit zu fördern. Wirtschaften kann daher nichts anderes bedeuten als die planvolle Anpassung der wirtschaftlichen Tätigkeit an die Bedürfnisse, die sich durch dieses Streben nach Glück und Vollkommenheit ergeben. Das Ziel der Wirtschaft, auf ein ganzes Volk berechnet, ist daher nach christlich-sozialer Auffassung die Bedarfsdeckung.

Schon hier befinden wir uns im Bereich mit der kapitalistischen und auch mit der marxistisch-sozialistischen Auffassung. Der zum Harmonismus angeordnete Kapitalismus sieht sein Ziel in der Befriedigung des Erwerbssprechens. Ob dabei die bestmögliche Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs heranzukommen, ist ihm an sich gleichgültig. Der Mensch erwerben, ist ihm die Hauptsache. Kann er das besser durch Befriedigung des Auslandes, auch wenn das eigene Volk dabei leidet, so greift er zu. Ein bekanntes Beispiel mag das harmonische Deutsche Kohle wurde nach kurz vor Kriegsausbruch zu 7,50 M. nach England verkauft und deutsche Sozialisten zu 12. — M. pro Tonne nach Bombay, während gleichzeitig die deutsche Fernschiffahrt 12,50 M. für dieselbe Kohle und der französische Eisenbahnschein 120. — M. für dieselben Stahlblech bezogen wurden.

Ebensoviele heißt sich der anarrisierte Kapitalismus an die auf das Glück und Vollkommenheit des einzelnen bedachten Bedürfnisse. Er geht nicht davon aus, Bedürfnisse im Menschen nachzukommen, die von diesem Streben geradezu wegführen. Er ist nicht anders Meiden, nicht

um der Hebung der Kultur zu dienen, sondern um für sich zu verdienen. In seinem Dienste stehen Brauereifabriken und Wollmühle, schamlose Tänze und Theateraufführungen. Er versorgt niedriger stehende Klassen mit Opium und „Feuerwasser“, mit Gewehren und Waidwerkzeugen. Es ist nicht zuviel gesagt mit der Behauptung, daß in seinem Dienste oft auch die Aufreizung zu Krieg und Völkerverheerung gestanden hat. Am brutalsten zeigten sich die Ausartungen des Kapitalismus von jeher im Wucher, vor allem in der wucherischen Ausbeutung der Notlage der Menschen. Wir haben eben jetzt, im Weltkriege und auch nach demselben, davor Himmelstreichendes auf diesem Gebiete erlebt, daß es nur des höchsten Hinweises darauf bedarf.

Der Sozialismus seinerseits stellt sich zwar ebenfalls, wie die christliche Soziallehre, auf den Standpunkt der Bedarfsdeckung. Indes auch sein elendes Versagen erleben wir in diesem selben Augenblick, wo er zur Macht gelangt ist. Mit tiefstingenden Bindungen will er das entseffelte Wirtschaftstreben auf seinen natürlichen Zweck zurückführen. Er erreicht aber nur, daß der Quell des Eigennutzes und der Erwerbssüchtigkeit an einer Stelle verstopft wird, um an anderer Stelle sich um so ungehöriger den Weg zu bahnen. Verlegt die christliche Auffassung das Ziel des menschlichen Erdenbestehens in das Jenseits und reguliert sie auf diese Weise das irdische Streben, so fesselt der Sozialismus eines Marx und seiner Anhänger Geist und Sinn an die Erde, an das irdische Dasein. So richtet er in den Herzen das Reich des Materialismus auf. Sein Geist wird damit derselbe, wie derjenige des ausgearteten Kapitalismus. Beide haben sich nichts vorzumerfen. Oder können wir solchen Sozialismus die Bedarfsdeckung des Volkes richtig anerkennen? Ihm, der letzten Endes die Schuld trägt an der unerhörten Ausbeutung des ganzen Volkes durch Massen- und Generalfreie? Treibt er nicht vielmehr die Volkswirtschaft in den Ruin?

Daraus ergibt sich die ernste Lehre, daß auch im Wirtschaftsleben wie überall die Formen erst in zweiter Linie stehen. In erster Linie aber steht der Geist. Auch das Wirtschaftsleben kommt nicht aus ohne das Sittengesetz.

Damit kommen wir der Lösung der Frage näher, ob Individualismus oder Sozialismus regelnder Grundsatz des Wirtschaftslebens sein soll. Individualistische Freiheit fördert die Unternehmungslust und brachte uns den technischen und organisatorischen Hochstand des Kapitalismus. Beides können wir nicht entbehren. Wie soll einem auf kargem Boden ständig wachsenden Rasse, wie dem deutlichen, zu leben und sich zu entfalten möglich sein, ohne solchen Hochstand und den privaten Unternehmungsgest? Darin und in der Freiheit des Menschen liegt die Daseinsberechtigung für die Einzelwirtschaft. Darin liegt zugleich die Ablehnung des Sozialismus, der alle Gütererzeugung „vergesellschaftet“, in das Eigentum der Gesellschaft überführen will. Allein individualistische Freiheit fördert auch im schlimmsten Maße den mammonistischen Geist mit seinen entsetzlichen Ausartungen und Auswüchsen. Solchem verbrecherischen Individualismus muß allerhöchste Fehde angejagt werden. Soweit der Sozialismus Formen zu seiner Beschneidung und Abschwächung bietet, ist er zu begrüßen und durchzuführen. Mit dem Sozialismus fordern wir öffentliche Ueberwachung des Wirtschaftslebens und staatliche Eingriffe gegen Mißbräuche. Die Unternehmung darf nicht frei sein in dem Sinne, daß jeder nach eigenem Belieben produziere und vertrete darf. Luxusindustrie muß weichen vor der Herstellung des Lebensnotwendigen. Schädliche Gewerbe sind zu unterdrücken. Gemeinnützige Industrien sind gegen jedwede Gefährdung sicherzustellen. Besonders ist allgemeine Regelung vorzuziehen, wo es sich um sogenannte Seltenheitsgüter handelt. Deutschlands Rohprodukte sind nicht überreich bemessen. Da können wir nicht zugeben, daß solche nach Privatinteressen vertrieben werden. Wo die Gefahr einer monopolistischen Herrschaft besteht, das heißt: wo die Verfügung über gewisse Güter zu ausschließlicher Herrschaft über die selben führen kann, wie bei der Kohle und so weiter, verdient der Gedanke der Ueberführung der Produktion und Verteilung in öffentlichen Betrieb (Sozialisierung) ernste Erwägung. Alles das regelt sich aber nicht nach vorgelegten Lehren und Meinungen, sondern nach Gründen der Zweckmäßigkeit. Wo eine neue, kühnere Industrie aufkommt, bedarf sie gegen ausländischen Wettbewerb eines besonderen Schutzes. Das gilt auch für die Landwirtschaft. Soll die landwirtschaftliche Produktion aufhöre, dann darf ausländischer Wettbewerb die Entwicklung nicht unterbinden. Sozialismus also, soweit er die Bedarfsdeckung besser sicherstellt. Alle Erwerbstätigen muß letzten Endes dem Wohle der Gemeinshaft zugute kommen. Die härtesten Bedingungen aber und die schärfsten Regelungen allein genügen da keineswegs. Wir erleben beispielsweise am Schleichhandel, wie Inbidigkeit und Pfingsten ihrer jüden. Darum scheitert aller Sozialismus größeren Stills, so lange nicht der Mensch sein Streben dem Gemeinwohl anzupassen geneigt ist.

Unter Sozialismus ist Vergeellschaftung des Menschen. Diese erreicht man nicht mit Paragraphen, sondern nur durch Einwirkung auf Geist, auf Herz und Gemüt des Menschen. Wie aber soll da das Ziel vom materialistisch gerichteten marxistischen Sozialismus kommen? Da gibt es nur ein Heilmittel: lebenshaftes Christentum. Ein Christentum, das die Menschen in ihrem ganzen Innern erregt und in Gemüthsheit und Geist sich niederschlägt. Das ist die Gemeinwirtschaft, wie wir sie verstehen und fördern. Eine Verbindung aller von Individualismus und Sozialismus, von privater Unternehmungslust und gesellschaftlicher Regelung auf der Grundlage der Ueberwachung des Einzelwohls unter das Wohl der Gesamtheit.

## Der wankende Riese.

Der aufmerksame Beobachter der sozialdemokratischen Gewerkschaften beurteilt den Zerlegungsprozess in dieser einst so stolzen und starken Bewegung als eine natürliche Folge falscher Gewerkschaftspolitik. Der Mauerstrich im sozialdemokratischen Gewerkschaftsturm ist die Folge der Verquickung mit der politischen Sozialdemokratie. Der jahrelang gepredigte Klassenkampf und Klassenhaß wird den freien Gewerkschaften nun selbst zum Verhängnis. Mit der Radikalisierung einzelner Verbände, mit dem Hinauswerfen alter, erfahrener Führer nahm das Verhängnis seinen Anfang. Wie das Ende kommt, vermag man heute noch nicht abzusehen. Die Vorgänge in den großen sozialdemokratischen Gewerkschaften sind ein Schulbeispiel dafür, wie sich eine unehrliche Neutralität selbst richtet. Auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, welcher sich heute noch „als Riese“ präsentiert (D. Textilarbeiter Nr. 4), muß dies erfahren. Auf der letzten Delegiertenversammlung in Dresden hat man sich veranlaßt gesehen, gegen die eingebrachten Moskauer Resolutionen eine zehnjährige Stellung zu nehmen. Bekanntlich wurden die Kommunisten bei ihrer Aufnahme zur dritten Internationale verpflichtet, die Gewerkschaften für ihre politischen Ziele zu gebrauchen. In klarer Deutlichkeit jagt das Diktum von Moskau:

Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit über den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ (das sind die alten sozialdemokratischen Parteien! D. R.) zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

In einer Resolution weist der Verrat diese Bestrebungen, welche die Disziplin lockern und damit zusehend auf die Textilarbeiterbewegung wirken, als arbeiterschädigend entschieden zurück und beauftragt den Verbandsvorstand, gegen die unverantwortlichen Elemente mit allen Mitteln vorzugehen und deren vernichtende Tätigkeit unmöglich zu machen. Welche Wirkung kann aber eine solche Drohung noch haben, wo von den 43 Stimmberechtigten nur 35 für und acht gegen diese Resolution stimmten? Und wenn die kommunistische Propaganda schon schon einen Teil der Vertrauensinstanzen auch des Deutschen Textilarbeiterverbandes erfaßt hat, glaubt dann der „Riese“ nicht selbst auch, daß er auf eigenen Füßen steht? Wären die sozialdemokratischen Gewerkschaften — auch der Deutsche Textilarbeiterverband — wirklich politisch und religiös neutral, dann könnten auch die heftigsten politischen Kämpfe geführt werden, ohne daß die „Riesengewerkschaften“ dadurch ins Wanken gebracht werden.

Die Neutralität der freien Gewerkschaften ist nichts anderes als Heuchelei und ein Mandar, die nicht sozialdemokratisch denkenden Mitglieder irre zu führen. Sie können einfach nicht neutral sein, weder in politischer noch in religiöser Hinsicht. Den Beweis zu erbringen wird uns ja jeden Tag leichter gemacht. Das Kochen auf große Zahlen kann heute nicht mehr täuschen. Auf der Welt kommt es an. Die freien Gewerkschaften gelten mit ihren Zahlen nach außen hin als etwas Wichtiges, innerlich sind sie aber nie schwächer gewesen wie heute. Es könnte uns dies recht sein, wenn nicht dadurch der gesamten Arbeiterchaft das Verhängnis drohte. Viele werden den Glauben an wirkliche Gewerkschaftsarbeit verlieren und schließlich bei den Gelben und Wirtschaftsfreudigen landen. Der Zerlegungsprozess ist in den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht mehr aufzuhalten und dies wird die größte Niederlage des „Riesens“ sein.

Dieses Eingeständnis fällt freilich den Deutschen schwer, aber die falsche Gewerkschaftspolitik tritt doch zu offensichtlich hervor. Die Tätigkeit der Keimzellen in den freien Gewerkschaften macht sich schon recht bedenklich bemerkbar. Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung z. B. sagt mit Recht in ihrer Nr. 1 zu dem verachteten Generalkreis in Stuttgart im Herbst 1920:

„Tausende von Proletariern werden noch monatelang daran zu tragen haben. . . . Im Stuttgarter Generalkreis erfolgte allgemeiner Zusammenbruch und daran sich anschließende demütigende Bedingungen der Unternehmer und tiefgehende Kampfschwäche mit nachfolgendem namenlosen Elend.“

Wer trägt die Schuld an diesem Proletariatselend? Die Antwort gibt die sozialistische „Schwäbische Tagwacht“, welche schreibt:

„Versagt hat auch die Hauptleitung des Metallarbeiterverbandes, die ein eminentes Interesse an der Verhütung des unglückseligen Kampfes haben mußte und im Verein mit den übrigen unabhängigen Gewerkschaftsführern bei der Zusammenkunft der Betriebsräteversammlung noch am ehesten in der Lage gewesen wäre, das Unheil zu bannen. Man überließ das Feld den Kommunisten und ihren Mittläufern vom linken Flügel der U. S. P.“

„Namenloses Elend der Arbeiterchaft.“ Das also ist das Werk der in den sozialdemokratischen Gewerkschaften eingebrachten und sich in Tätigkeit befindlichen Kommunisten. Was aber folgt für die christliche Arbeiterchaft aus diesen Tatsachen?

Antwort: Es muß klare Bahnen geschaffen werden. Kein christlicher Mann, keine christliche Arbeiterin darf länger mehr kommunistisch verführten sogenannten freien Gewerkschaften angehören. Wirklich neutral sind nur die christlichen Ge-

\* Entnommen der Schrift: „Gemeinwirtschaft. Grundzüge christlicher Sozialaufbau“. Herausgegeben vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.



wertschaffen. Wer seine Lage verbessern will, trage mit dazu bei, daß die Ideale der christlichen Sozialreform zur Geltung kommen. Wir arbeiten an der Stärkung der christlichen Arbeiterbewegung und damit an dem Neuaufbau unseres Vaterlandes trotz aller Anfeindungen von rechts und links. Wir sind uns bewußt, damit auch dem Christentum und der christlichen Weltanschauung wertvolle Dienste zu leisten.

J. OL.

### Allgemeine Rundschau.

#### Ein „pflichtgetreuer“ Betriebsratsvorsitzender.

Der Betriebsratsvorsitzende der Firma Mann u. Schäfer in Wormen hat während der Kampftage und auch nach denselben alles daran gesetzt, die christlich-organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mit mehr oder weniger sanfter Gewalt den freien Gewerkschaften zuzuführen. Die Firma hat dieserhalb schon mal eine Schlichtungsausschussung beantragt, die auch stattgefunden hat und mit einem Vergleich geendet. Nunmehr ist dieser Betriebsratsvorsitzende plötzlich entlassen worden, weil er über 800.— M. gesammelter Märzfondsgelder unterschlagen haben soll. Aus diesem Vorgang kann die Arbeiterschaft wieder einmal sehen, daß es nicht gut ist, den größten Schreier zum Betriebsratsmitglied zu machen. Für die nicht auf dem Boden des materialistischen Sozialismus stehende Arbeiterschaft aber gilt es endlich zu erkennen, daß ihre Interessenvertretung nur bei den christlichen Gewerkschaften sein kann.

#### Die Revolution verschlingt ihre eigenen Kinder!

Die ganze kommunistische Bewegung ist eigentlich nur ein Kind der Revolution und deshalb auch ein Produkt der Sozialdemokratie. Als grundsätzlich revolutionäre Partei hat diese daher auch nicht die moralische Kraft, der kommunistisch auftretenden Gewalt mit dem nötigen Nachdruck zu begegnen. Immer weiter gehen die Forderungen der dirigierenden Kommunisten und — bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.

Die Tribüne der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist längst zum Tribunal geworden. Jetzt haben die Vertreter der Straße bereits die Sitzung sprengen können. Ueber die Ausschreitungen der Tribünenbesucher in einer der letzten Sitzungen schreibt die Boffische Zeitung:

Infolge dauernder Störungen bei der Beratung kommunistischer Anträge über das Verfahren auf Entlassung von 33 Elektrizitätsarbeitern mußte der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wehl des öfteren eingreifen. All seine Ermahnungen an die Tribünenbesucher, ruhig zu bleiben, waren aber vergeblich. Dem früheren preussischen Ministerpräsidenten Jirich (Rehrheitssoz.) wurde während seiner Rede zugerufen: „Du kommst bestimmt an den Galgen!“ Auch andere Stadtverordnete wurden unter Nennung der Namen von der Tribüne aus bedroht. — Du bist schon für den Galgen notiert! Die gemeinsten Schimpfwörter wurden in den Saal gebrüllt. Als der Stadtverordnetenvorsteher, der lange mehr als nachsichtig blieb, die Räumung der Tribüne anordnete, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm. Stimmhosen wurden in den Saal geworfen, sodaß die Stadtverordneten in den Vorraum flüchteten. Die Sitzung mußte vorübergehend geschlossen werden.

Den unmittelsbaren Anstoß zu den unbeschreiblichen Szenen bot die Ablehnung des Antrages der Kommunisten, das Verfahren gegen die der Sabotage beschuldigten Elektrizitätsarbeiter einzustellen. Der Magistratsvertreter hatte dazu erklärt, daß das Verfahren zur Zeit ruhe, da den Organisationen erst Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden solle. Als dann in namentlicher Abstimmung die Anträge der Kommunisten der Ablehnung verfiele, geriet die Tribüne in eine tobende Erregung. Mit geballten Fäusten und wutverzerrten Gesichtern schreit man hinunter: Vaterlandsverräter! Schuftel! Lumpen! Die Mehrheit der Versammlung protestiert gegen das Verhalten der Tribüne, während die äußerste Linke hinausruft: „Die Tribüne sagt die Wahrheit!“

Stadtv.-Vorsteher Dr. Wehl: „Ich ersuche die Tribüne zu räumen!“ Die Tribüne antwortete mit Hohnsätzen und weiteren wüsten Beschimpfungen: „Strolche, Lumpen, Schuftel! Wir werden runterkommen und euch die Zähne einhauen!“

Die wenigen Diener sind machtlos, niemand rührt sich. Die Tribünenbesucher rühren sich nicht vom Platze, fast sämtliche Mitglieder der Versammlung verlassen, während der Sturm oben weiter tobt, den Sitzungssaal und die Vorstehenden der Fraktionen ziehen sich zur Beratung über die entstandene Situation in ein Beratungszimmer zurück.

Nachdem die Pause über eine Stunde gedauert hatte, wurde plötzlich auf der Tribüne der Gesang der Internationale angestimmt, in deren Refrain fast die gesamten Tribünenbesucher mit dröhnender Stimme einfallen. Der Gesang geht schließlich in ein dreifaches „Wach auf die K. P. D.“ über. Daran schließen sich freischwebende und tobende Rufe von oben nach unten, die immer würender und mit drohenden Gesten begleitet werden: „Seht euch die Volksverräter dort auf der Tribüne an, und auch die Felder von der S. P. D.“ „Die Abrechnung kommt!“ „Wir schicken euch mit Maschinen-gewehren nieder, wie ihr die 22 Matrosen!“ „Ihr Schweine!“ „Schämt euch, ihr Hunde, ihr Strolche!“ „Schämt euch, ihr verkommenen Hunde, ihr Idioten!“ „Vollgepreßene Galumen!“ „Die Russen werden kommen und haben euch die Jacke voll!“ Schließlich sind nur noch die kommunistischen Stadtverordneten im Saale, die Zwiesprache mit der Tribüne halten und im Verein mit dieser nochmals den Gesang der Internationale anstimmen. Erst in später Stunde leert sich die Tribüne und auch der Saal gänzlich.

Als die Tribünenbesucher auf ihren Plätzen verharren, begaben sich die Stadtverordneten in den Bürgeraal, um dort weiter zu tagen. Die Tribüne, die vom Rathaus zum Bürgeraal führen, wurden abgeschlossen.

Vorsteher Dr. Wehl teilt mit, daß man genötigt sei, in diesem Saale zu tagen, weil die Kommunisten nicht bereit waren, auf die Tribüne zu gehen und die Leute zu beruhigen. Stadtv. Dörr protestiert gegen die Tagung in diesem Saale. Es kommt zu langen Auseinandersetzungen zwischen Unabhängigen und Kommunisten. Gegen den Einspruch der Kommunisten wird die Sitzung fortgesetzt. Es werden dort eine Reihe Beschlüsse ohne Debatte angenommen.

Ganz ähnliche Vorgänge, wie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatten sich kürzlich auch im sächsischen Landtag ereignet. Die sozialdemokratischen Abgeordneten konnten in beiden Parlamenten aus den Säulenhallen entnehmen, daß es Geist von ihrem Geiste war, was sich da oben auf den Tribünen so mißdienlich vernehmen ließ. Die Sozialdemokratie erntet heute, was sie schon seit Jahrzehnten gesät hat.

### Aus unserer Bewegung.

#### Streikpraktiken des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Aus dem bergischen Verbandsbezirk schreibt man uns: Um einigen radikalen Elementen innerhalb ihres Verbandes gerecht zu werden, läßt sich der Deutsche Textilarbeiterverband zu Dingen treiben, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt nicht zu verantworten und auch nicht im Interesse der Arbeiterschaft gelegen sind. So auch beim Streik der Firma Schlieper u. Baum in Elberfeld.

Die Feuerungsanschläge in der rechtsrheinischen Arbeitsgemeinschaft hatten Gültigkeit bis zum 30. Nov. 1920. Die Arbeitgeber waren nicht gewillt, eine Erhöhung der Zuschläge für den Monat Dezember eintreten zu lassen. Nur eine Erhöhung der im Tarif festgelegten Familienzulage wurde angeboten. Dieses wurde von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt, und so waren die Verhandlungen für den Monat Dezember gescheitert.

Daraufhin fand bei der obengenannten Firma am 22. Dez. 1920 eine Betriebsversammlung statt, in der beschlossen wurde, selbstständig bei der Firma vorzugehen und für den Monat Dezember eine einmündige Feuerungszulage von M. 40, M. 80 und M. 100 zu fordern. Für den Fall, daß diese Forderung von der Firma abgelehnt werden sollte, soll der Schlichtungsausschuß angerufen werden, und falls auch dieser verage, wäre der Streik beschloffen. Das war am 22. Dez. 1920.

Am 29. Dez. kam in der Arbeitsgemeinschaft eine generelle Regelung für den Monat Dezember für den Rechtsrhein zustande, welche von den beteiligten Organisationen als verbindlich bezeichnet wurde. Obwohl nun diese Regelung für die Verbände verbindlich war für den Monat Dezember, traten die Arbeiter der Firma Schlieper u. Baum am Tage darauf in den Streik. Das geschah mit der Zustimmung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Obwohl derselbe wußte, daß dieser Streik nicht berechtigt und vollständig ausichtslos war, hatte er doch nicht den Mut, seinen Mitgliedern bei der obigen Firma das offen zu sagen. Nachdem man drei Tage gestreikt hatte, wurde der Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes vorstellig, um zu versuchen, den Streik beizulegen. Darauf vermittelte der Arbeitgebervorsitzende der Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband der Firma Schlieper u. Baum und wurde die Arbeit am nächsten Tage wieder aufgenommen. Die Firma Schlieper u. Baum hat sich bei der Verhandlung bereit erklärt, die gezahlten Zuschläge von M. 30, M. 40 und M. 50, welche in der Weihnachtswache von der Firma ausgezahlt wurden, nicht sofort, sondern erst nach dem 30. April 1921 einzubehalten. Die Firma hat das getan, weil durch den Lohnausfall während der Streiktage die Arbeiterschaft in schwierige Verhältnisse gekommen war. Daß nichts anderes bei dem Streik herauskommen konnte, war dem Deutschen Verband vor dem Streik bekannt, und doch ging man dazu über, das obengenannte Abkommen als einen Erfolg für die Arbeiterschaft herauszustellen. Es ist allerdings unerschämlich, worin dieser Erfolg für die Arbeiterschaft der Firma Schlieper u. Baum liegen soll und zeigt auch dieses Vorkommnis, daß der Deutsche Verband mit den Arbeiterinteressen bei der Firma Schlieper u. Baum Schindluder getrieben hat.

Dasselbe trifft auch zu bei dem Streik der Firma Scheuler in Darmen. Dort war wiederholt geschlossen worden und zwar für größere Summen. Aus diesem Grunde wurde beim Fortier im Einverständnis mit dem Betriebsrat ein Anschlag gemacht, daß beim Ausgange eine Kontrolle vorgenommen werden sollte. Nach einigen Tagen lehnten sich einige Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes hiergegen auf und wurden dann entlassen. Bei einer Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, die Arbeiter wieder einzustellen, glaubte aber, auf die Kontrolle wegen des vorgekommenen Diebstahls nicht verzichten zu können. Daraufhin wurde nicht der Schlichtungsausschuß angerufen, sondern die Arbeiter in den Streik gedrängt. Erst dann wurde der Schlichtungsausschuß in Anspruch genommen, der einschl. der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Arbeitnehmervertreter einstimmig zugunsten der Arbeiter entschieden hat. Auch hier mußte wieder die Arbeitsgemeinschaft die Dinge einrenken. Das ist, soweit wie nur menschenmöglich, geschehen. Jedoch sind eine Reihe von Arbeitern diesem Vorgehen des Deutschen Textilarbeiterverbandes zum Opfer gefallen und durch diesen Streik arbeitslos geworden.

Obwohl dieser Streik alles andere war wie Arbeiterinteressenvertretung, ja man kann sagen, geradezu arbeiter-schädlich, wurde derselbe doch als ein Erfolg der Arbeiter hingestellt, genau wie der Streik bei der Firma Schlieper u. Baum.

#### Konferenz der Ortsgruppen unseres westfälischen Verbandsbezirks.

Am Sonntag, 6. Februar, hatten sich zu einer Konferenz im Gefellenhause in Münster eine große Anzahl von Delegierten unseres Verbandes aus dem Münsterlande und den angrenzenden Bezirken zusammengefunden. Die Konferenz, zusammenberufen, um zu wichtigen wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen, insbesondere auch soweit die Textilindustrie in Betracht kommt, nahm gleichzeitig Veranlassung, zu den unerfüllbaren und alles Maß übersteigenden Forderungen unserer Feinde Stellung zu nehmen. Nach einem eingehenden Vortrag des Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Otte-Hülshoff, Mitglied des Reichs-Industrialrats, wurden zwei Entschlüsse angenommen.

Die erste gegen die Pariser Beschlüsse gerichtete Entschlüsse lautet:

„Die Delegierten-Konferenz der Ortsgruppen des christlichen Textilarbeiterverbandes protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Pariser Beschlüsse der alliierten Sieger-Deputierten. Die Durchführung der aus gestellten unerhörten Forderungen würde die Verklammerung des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, zur Folge haben. Besonders würde auch die 12-prozentige Ausfuhrabgabe die deutsche Konkurrenz zum Fremden für das feindliche Ausland herabdrücken: sie würde vor allen Dingen unserer Textilindustrie die Lebens-möglichkeit nehmen. Wir wehren uns dagegen, für die Entente-Glückenarbeit zu verrichten und unter Hunger, Elend und Hoffnungslosigkeit unser Dasein zu fristen. Der Geist der Brutalität und Rachsucht, der aus den Pariser Beschlüssen resultiert,

steht in kräftigem Widerspruch zu der von der Entente immer wieder betonten Gerechtigkeit und Verbilligung der Völker. Die Konferenz der westfälischen Ortsgruppen des christlichen Textilarbeiterverbandes steht, im vollen Bewußtsein ihrer und aller Berufsstände Mitverantwortung für Deutschlands Zukunft, in der Ablehnung der Pariser Forderungen geschlossen hinter der Regierung.“

Die zweite Entschlüsse, welche zu verschiedenen Wirtschafts- und Gegenwartfragen, u. a. auch zur Ernährung, Stellung nimmt, hat folgenden Wortlaut:

„Angesichts des außerordentlich stark geschädigten und geschwächten Gesundheitszustandes der deutschen Bevölkerung, insbesondere der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und Frauen erscheint ein vermehrter Gesundheitschutz der Arbeiterinnen und Jugendlichen in den gewerblichen Betrieben dringend geboten. Die Konferenz der Delegierten des christlichen Textilarbeiterverbandes des Bezirkes Westfalen vermag daher bei den Arbeitgeberverbänden der Textilindustrie geltend gemachten Forderung auf Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um zwei Stunden nicht zuzustimmen. Abgesehen davon, daß der Beschäftigungsgrad der Textilindustrie für noch nicht absehbare Zeit keine volle Beschäftigung ermöglicht und mit völliger und teilweiser Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, erscheint uns vor allem mit Rücksicht darauf, daß in der Textilindustrie überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, eine Verlängerung der durch gegenseitige Vereinbarung eingeführten normalen 40-jährigen Arbeitszeit keineswegs angängig, und zwar besonders vom Standpunkt des Schutzes der geschwächten Gesundheit der gewerblichen Arbeiterinnen und im Interesse des Nachwuchses. Die Konferenz fordert vielmehr, insbesondere aus letztgenannten Gesichtspunkten heraus, die gesetzliche Festlegung der 46-jährigen Arbeitszeit (bei Freigabe des Samstagvormittags) in allen Industrien, welche überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen.“

In Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, welche den Beschäftigungsgrad insbesondere in der Textilindustrie voraussichtlich wesentlich verschlechtern und die Arbeitslosigkeit stark vermehren, ist den ganz und teilweise Arbeitslosen eine erweiterte Erwerbslosengeldsicherung zu leisten. Zu diesem Zwecke sind vermehrte Mittel zur Verfügung zu stellen, produktive andere Arbeitsmöglichkeiten vorzubereiten und das weitere Fortschreiten in die fast in Unkenntnis gezogenen Gebiete der Textilindustrie zu vermeiden.

Die Konferenz lehnt radikale Sozialisierungs-forderungen, deren Verwirklichung Industrie und Arbeiterschaft selbst am meisten schädigen, ab; sie fordert dagegen den Ausbau unserer Wirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen. Neben der Verwirklichung der im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Organe ist die Bildung von Selbstwirtschaftungsorganen für die wichtigsten Gewerbegebiete, deren Aufgaben mit auf dem Gebiete der Preisregelung, unter Ausschaltung Waren verteuern der Zwischenglieder liegen müssen, notwendig. Demnach sind auch die Reichsstelle für Textilwirtschaft und die Reichsrichtungsstellen für die Textilindustrie auszubauen.

Angesichts der furchtbaren Notlage breiter Volkskreise, und des Mißverhältnisses, welches in den Lebensmittelpreisen und dem Einkommen der Arbeiterschichten besteht, sind beschleunigt durchgreifende Maßnahmen zu treffen, welche die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in angemessenen Grenzen halten. In einer Zeit, wo in den deutschen Großstädten ausländische Organisationen zur Linderung der größten Not Kinderheilungen vornehmen, ist es der Volksgemeinschaft gegenüber unverantwortlich, wenn für wichtige und unentbehrliche Lebensnahrungsmittel Preise erzielt und gebildet werden, welche das berechnete Maß weit übersteigen.

#### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Esslingen.** Eine anregende Gewerkschafts-versammlung war unsere diesjährige ordentliche General-versammlung am Samstag, den 29. Januar. Der Vorsitzende, Kollege Breuer, konnte eine stattliche Anzahl Kollegen und Kolleginnen begrüßen. Punkt 1. Jahresbericht, erstattete der Schriftführer, Kollege Scheffen jun., 2. Punkt, Kassenbericht, unser Kassierer Adolf Marx. Die als 3. Punkt der Tages-ordnung vorzunehmende Neuwahl des Vorstandes brachte eine tiefgreifende Veränderung. Zunächst trat unser alt-berühmter, langjähriger Vorsitzender, der seit Gründung unserer Ortsgruppe derselben vorstand, aus Gesundheitsrücksichten und insbesondere wegen arbeitsweiliger Arbeitsüberlastung von seinem Amte zurück. Als Nachfolger wurde einstimmig Kollege Wilhelm Ley gewählt, einen Vorsitzenden, zu dem sich die Orts-gruppe wegen seiner außerordentlichen Fähigkeiten nur beglück-wünschen kann. Dann wurde an Stelle der ausscheidenden Vorstandsmitglieder Scherzgen und Scheffen jun., beides alte Veteranen, Kollege Juf. Breuer und noch eine junge Kraft in der Person des Kollegen Jof. Esser jun. neugewählt. Nach Beendigung des Wahlaktes nahm Kollege Sauren aus Dären das Wort zu einem Vortrage über das Thema: „Die gegen-wärtige wirtschaftliche Lage“. Redner behandelte im Verlaufe seiner Ausführungen die wichtigsten Fragen, die uns in wirt-schaftlicher, sozialer und politischer Beziehung anliegen berühren. Zum Schluß seiner lehrreichen Ausführungen sprach Redner die 46-jährige Arbeitszeit, das bekannte Streit-objekt bei Lohnverhandlungen, und die Erfolge der Tarifver-träge, stattete dann dem Vorsitzenden, Kollegen Breuer, im Namen des Verbandes herzlichsten Dank für seine langjährige hertenvolle Tätigkeit ab und ernannte alle Funktionäre, dem Beispiele Breuers folgend, in der Arbeit für unseren christlichen Textilarbeiterverband nicht zu erlahmen. In der Diskussion nahm unser neuer Vorsitzender Stellung zu den einzelnen Fragen des Redners. Interessant waren seine Mitteilungen über einen Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, an kath. Feiertagen tariflich für die kath. Arbeiter festzusetzen, daß gearbeitet wird. Dies war auch ein Beitrag zu dem Kapitel: „Religion ist Privatangelegenheit. Erkläre mir Graf Orndorff“ usw. Unter Ver-schiedenes betonte Kollege Scheffen jun. das unbedingte Ein-greifen des Verbandes bei der nunmehr einsetzenden Wirt-schaftskrise, um den Kollegen und Kolleginnen, insbesondere den Verheirateten, bei Arbeitsbeschränkungen den richtigen Weg zu zeigen, um über die schwere Zeit hinwegzukommen. Sodann schnitt er die Frage an, ob bei Betriebsstörungen der Betriebs-rat keine geldlichen Bezahlungen verlangen kann. Letzteres wäre um so notwendiger, weil es klar auf der Hand liegt, daß die Arbeiter heute unmöglich bei den teuren Zeiten Lohnem-büßen erleiden können. Diese Fragen beantwortete in seinem Schlußwort Kollege Sauren, indem er der Versammlung mitteilte, daß unser Bezirksleiter, Kollege Weber, diese Frage in Berlin darüber verhandelt hat. Daraufhin wurde die im-portante Tagung zum letzten Male durch unseren neuen Vor-sitzenden geschlossen.



Besondere Bekanntmachungen.

Hast Du schon Dein Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1921?

Wenn nicht, dann bestelle es sofort bei Deiner Zahlstelle.

Inhalt:

- 1. Die christliche Gewerkschaften im Jahre 1919, 2. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, 3. Der Nachwuchs der christlichen Gewerkschaften, 4. Rechtsschutz und Gewerkschaften, 5. Die Sozialpolitik im neuen Deutschland, 6. Das Betriebsrätegesetz, 7. Der Reichswirtschaftsrat, 8. Wirtschaftswort und Wirtschaftsreformen, 9. Wiederaufbau des deutschen Finanzwesens, 10. Fragen gemeindlicher Sozialpolitik, 11. Aus der Reichssozialgesetzgebung 1919/20, 12. Notig-Kalender, 13. Adressenverzeichnis der christlichen Gewerkschaften.

Der Einband ist wirklich dauerhaft und mit Leinwand. Preis M. 3.50, daselbe Buch broschiert M. 2.50, bei Mehrbezug M. 0.20 billiger.

Die Leiter der Verbände- und Sekretariatsbezirke werden bitten, ihren Bedarf an Jahrbüchern umgehend bei der Zentrale anzugeben. Unser Verband hat einen größeren Posten Jahrbücher vom christlichen Gewerkschaftsverlag bezogen. Dieselben müssen baldmöglichst durch die Verbandsangestellten bei den Mitgliedern abgesetzt werden.

Wer kennt

das vorzügliche Korrespondenzblatt, das vom Arbeiterinnenbezernat beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegeben und ganz besonders für die weiblichen Vertrauenspersonen und Kommissionsmitglieder geeignet ist und eigens dafür geschrieben wird? Es trägt den Titel:

„Die christliche Arbeiterin im Berufs- und Wirtschaftsleben“.

Monatlich erscheint es und bringt großartiges Material für Kurse, Kommissionsabende und Vorträge der Arbeiterinnen. Es ist nicht allein der wertvolle Stoff, sondern die leichtverständliche Art der Schreibweise, die uns, die wir es kennen, das Blättchen so vertraut macht. Man sollte meinen, daß das verborgene Reich längst von vielen entdeckt worden sei. Es ist es auch, aber noch lange nicht von allen. Und man sollte auch meinen, daß es eine Freude wäre, das Bewußtsein zu haben, ein solches Organ zu besitzen. Für die, die es kennen, ist es auch eine solche, aber diese Freude müßte allgemein sein. Alle unsere Kolleginnen müßten davon wissen, und zum wenigsten die Mitglieder der Arbeiterinnenkommissionen. Die Zeitschrift ist zu beziehen vom Verlag Köln, Bendorffwall 9, zum Preise von M. 3.60 jährlich. Wenn man sie kennt, bleibt man ihr treu

und schätzt sie.

Kartellsekretär gesucht!

Die Stelle eines Kartellsekretärs in Cleve (Mtbl.) ist neu zu besetzen. Es kommen nur Kollegen in Frage, die in allen gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen beiseite sind. Infolge der in Cleve außerordentlich ungünstigen Wohnungsverhältnisse können wir nur einen unbeschäftigten Kollegen anstellen. Meldungen sind bis zum 1. März einzureichen an den Geschäftsführer des Bezirkskartells christlicher Gewerkschaften Linker Niederrhein Albert Vogt, Krefeld, Weststr. 35.

Versammlungskalender.

- Greven i. Westf. 27. Februar, 5 Uhr, im Lokale Ludwig Wohnungshof. Greiz (Thüringen). 26. Februar, 8 Uhr, im Lokale zum „Felsenkeller“. Pöhl. 27. Februar, 1/11 Uhr, im Lokale David Aretz, Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Führer. — Vom Grundgedanken des Sozialisierungsproblems. — Die christlich-soziale Auffassung vom Wirtschaftsleben. — Der wandernde Riese. — Allgemeine Rundschau: Ein „pflichtgetreuer“ Betriebsratsvorsitzender. — Die Revolution verhängt ihre eigenen Rinder! — Aus unserer Bewegung: Streikverboten des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Konferenz der Ortsgruppen unseres westfälischen Verbandsbezirks. — Berichte aus den Ortsgruppen: Euskirchen. — Grefrath. — Guben. — Hochneuhof. — Jöhndorf. — Langenfeinbach. — Lauterbach. — Oberbruch. — Wipperfurth. — Sterbetafel. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Dülmenstr. 100, Tannenstr. 33.

Grefrath. Am Montag, den 24. Januar, hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab im Lokale Witze Hammes. Leider ließ der Besuch wieder zu wünschen übrig. Der provisorische Vorsitzende Wilh. Jacobs eröffnete dieselbe und ließ die Anwesenden herzlich willkommen heißen. Nachdem er den Kollegen Schlunten aus Oberbrück, welcher es sich nicht nehmen ließ, trotz des schlechten Wetters nach Grefrath zu kommen und uns mit einigen belehrenden Worten zu erfreuen. Nachdem der Vorsitzende dem Geschäftsbericht vom letzten Quartal verlesen hatte, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als Vorsitzender wurde Kollege Wilh. Jacobs einstimmig gewählt. Als Beisitzer die Kollegin Kath. Jemmers und die Kollegen Leonhard Janzen, Heinrich Maßmann, Heinrich Drüggen und Joh. Hermes. Als Revisoren wurden die Kollegen Peter Faber und Joh. Laumann gewählt. Sodann sprach Kollege Schlunten über die jetzige Lohnbewegung in der Samt- und Leinenweberei. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch einige Mängel gesprochen. Zum Schluß munterte der Vorsitzende die Anwesenden auf, doch mit dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht würden.

Guben. Bewilligung einer Lernerzulage. Am 29. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden begrüßt hatte und das Protokoll der letzten Versammlung verlesen war, berichtete Kollege Hahn über die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre und zeigte, daß der Vorstand eine rege Arbeitsarbeit geleistet hat. Hierauf erstattete Kollege Schellack den Geschäftsbericht vom letzten Vierteljahr und im Anschluß daran einen Gesamtbericht über die Entwicklung der Kassenverhältnisse im abgelaufenen Jahre. Beide Berichte wurden mit Beifall angenommen und den Berichterstattern Entlastung erteilt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt und als Kassierenkollegen der Kollege Hahnmann und die Kollegin Peter-John. Kollege Hahnmann aus Horst berichtete nunmehr über die in Guben gepflogenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Derselbe zeigte, wie die Lebensmittel und alle übrigen Lebensmittelpreise während des Krieges und besonders seit dem Einbruch der Inflation allmählich eine nie gekannte Höhe erreicht hätten, daß aber andererseits die Löhne der Arbeiterschaft mit dieser Steigerung nicht gleichen Schritt gehalten hätten, wodurch sich die Arbeiterklasse gezwungen sah immer neue Lohnforderungen zu erheben, um in der Lage zu sein, sich und ihre Familien über Wasser halten zu können. Aus diesem Grunde war die Kündigung des im April abgeschlossenen Tarifes zu einer Notwendigkeit geworden. Bei der am 5. Januar stattgefundenen Verhandlung waren die Zugeständnisse der Arbeitgeber so gering, daß sich die Arbeiterklasse nicht damit zufriedengeben konnte. Am 20. Januar fanden daher neue Verhandlungen statt. Dort wurde beschlossen, den bisherigen Lohnsatz unverändert bestehen zu lassen und mit Rücksicht auf die eingetretene Wertminderung eine Lernerzulage bewilligt. Nachdem Hahnmann die bewilligten Sätze bekanntgegeben hatte, erklärten sich die Anwesenden mit den Zugeständnissen einverstanden. Unter Verschiedenes fanden noch mehrere Sachen ihre Erörterung, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß mit der Aufforderung, treu zum Verbands zu stehen und dafür zu sorgen, daß denselben neue Mitglieder zugeführt werden.

Hochneuhof. Vom richtigen Gewerkschaftsgeist befeuert sind die Mitglieder unserer Ortsgruppe. Der beste Beweis hierfür hat unsere am 21. Januar abgehaltene und überaus stark besuchte Versammlung, in der Kollege Müller von der Verbandszentrale über die brennendsten Fragen der Zeit referierte. Mit Aufmerksamkeit verfolgten die zahlreich erschienenen, die zum Teil nur mit einem Stuhlplätzchen für sich rechnen mußten, die Darlegungen über die Auffassung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zur Frage der Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens. Der starke Beifall bewies, daß die Versammelten nichts wollten von einer überführten Volksozialisierung, wie sie zur Zeit von übertriebener Seite erstrebt wird. Die Versammlung wurde in ganz geschickter Weise vom Vorsitzenden Eijer geleitet.

Jöhndorf. Unsere Ortsgruppe hielt unter unter Beteiligung am 31. v. Mts. ihre diesjährige Generalversammlung ab. Gewerkschaftssekretär Krieger-Kühne gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Textilindustrie. Der Vorsitzende, Kollege Hermann Felsner, gab sodann den Jahresbericht. Stattdessen haben 10 Mitglieder, 10 Betriebs- und 12 Vertrauensmann-Veranstaltungen. Der Kassenbericht, von Kollegen Körkel erstattet, ergab ebenfalls ein günstiges Resultat. Die Einnahme betrug im ersten Vierteljahr 879 M. und im letzten 2491 M. Die Ortsgruppe weist einen Bestand von 267,90 M. auf. Die Mitgliederzahl ist von 87, nachdem dieselbe im Sommer infolge Arbeitslosigkeit fast gänzlich auf 110 angewachsen. Zu Nebertritte sind 23 zu verzeichnen. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder und Kartelldelegierten. Nachdem dann auch die Beitragserhöhung begründet und die Delegierten zu der bevorstehenden außerordentlichen Bezirkskonferenz gewählt waren, fand mit einem begeisterten Schlußwort die interessante Versammlung ihr Ende.

Langescheidt. Unsere Generalversammlung, die am 4. Februar stattfand, war gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls durch den Schriftführer und Eröffnung des Jahresberichts durch den Kassierer wurde auch der Kassierer entlastet. Die Wahlen zeigten folgendes Ergebnis: Der erste Vorsitzende wie auch der Kassierer und Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender gilt Wilhelm Krennert, als Beisitzer Hans Schmidt und Jakob Späth und als Kartelldelegierter Adolf Kappel als gewählt. Nach Erörterung der Wahlen referierte Sekretär Kollege Engelmann über „Reiz- und Streitfragen“. Referent behandelte eingehend den Übergang unserer Bewegung und die wirtschaftlichen Verhältnisse, wobei er die Verhältnisse für uns im besonderen als ungünstig bezeichnete, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß unserer Bewegung bald günstiger Zeitverhältnisse hold sein werden. Schwer behandelte noch das Problem der Sozialisierung mit seinen Folgen und hob hervor, daß die für manche Wirtschaftszweige mögliche, der Kommunalisierung gleichwertige Sozialisierung nicht durchzuführen ist, sondern nur durch die Wahrung der Freiheit sei. Schlußwort sprach der Kassierer. Nach einer kurzen Diskussion, meist im Rahmen des Kartells, schloß die Versammlung mit dem warmen Appell, jederzeit christlichen Vorkommnissen zu zeigen, wurde die interessante Generalversammlung geschlossen.

Lauterbach. Zum 10-jährigen Gründungsfest Am Sonntag, den 29. Januar, feierte das Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Lauterbach im Gasthof zur „Krone“ sein 10-jähriges Bestehen. Zug des höchsten Beisitzers waren die Kolleginnen und Kollegen unseres Kartells sehr zahlreich erschienen. Auch die Ortsgruppen Haldorf, Gießen und Gersdorf waren unserer Einladung

gefolgt. Der Vorsitzende des Kartells, Kollege Dehnert, eröffnete die Versammlung in dem herrlich geschmückten Saale des Festlokals. Ein feierlich vorgetragenem gemischtem Quartett war der Auftakt zum Fest. Hierauf ergriff Kollege Goldberg das Wort und begrüßte die Anwesenden aufs herzlichste. Sodann folgte ein Prolog, welcher von der Kollegin Heider musikalisch vorgetragen wurde. Kollege Trepte aus Schriatswalde verles den durch eine zielbewußte, alleseitig befriedigende Festspreche den Abend. In erster Linie ehrte er die Gründer des Kartells, welche an einer besonderen Ehrentribüne Platz genommen hatten. Weiter streifte der Redner den Kongreß und legte mit markanten Worten unsere Grundzüge dar. Es könnten seine Ausführungen als das Echo von Essen bezeichnet werden. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, dem Kartell am heutigen Abend die Mitarbeit in diesem Sinne als Geschenk zu Füßen zu legen. Der randschöne Beifall bekundete, daß der Redner allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Als nächste Nummer ging ein Einakter über die Bühne. Die Spieler verstanden es in vorzüglicher Weise, die Stimmung der Anwesenden zu erhöhen. In dieser Form gestaltete sich unter Fest zu einer imponierenden Kundgebung. Allen mitwirkenden Kolleginnen und Kollegen sei an dieser Stelle nochmals herzlich Dank für ihre Mühe ausgesprochen. Wir aber hoffen, daß unser Kartell auch in der Zukunft im Geiste dieser Veranstaltung einer recht kräftigen Entwicklung entgegengeht.

Oberbruch. Am Dienstag, den 25. Januar 1921, hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Trotz genügender Teilnahme hatten nur wenige Kolleginnen der Teilnahme Folge geleistet. Um 5 1/2 Uhr wurde die Versammlung durch die Vorsitzende Kollegin Verichs eröffnet. Hierauf gab der Kassierer Kollege Küster den Kassen- und Geschäftsbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Als Punkt 2 stand auf der Tagesordnung „Vorstandswahl“. Nach § 19 des Statuts wird der Vorstand alle zwei Jahre durch die Mitglieder neu gewählt. Jedes Jahr scheidet die Hälfte der Vorstandsmitglieder aus. Im Laufe des Geschäftsjahres waren fünf Vorstandsmitglieder ausgeschieden. Für diese fand Ergänzungswahl statt. Im übrigen wurden die alten Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand setzt sich demnach aus folgenden Mitgliedern zusammen: 1. Vorsitzender Wilh. Janzen-Erstraten, 2. Vorsitzende Agnes Muland-Saefeln; 1. Kassierer Leo Küster-Oberbruch, 2. Kassierer Hub. Kiedel-Oberbruch; 1. Schriftführer Hubert Jönns-Rathem, 2. Schriftführer Ale. Valtes-Dreimem. Beisitzer Bourcean Christian, Gerhards Anna, Wennmacher Peter, Geijen Gertrud und Heggen Anna. Kassierenkollegen Schnöwend Josef, Verichs Gertrud und Fledern Anna.

Sodann trat der neugewählte Vorsitzende Kollege Wilh. Janzen sein Amt an und dankte den anwesenden Kolleginnen Verichs, die wegen Familienverhältnisse ihr Amt als Vorsitzende niederlegen mußte. Er erteilte zuerst dem Kollegen Winand Müller das Wort, der sich in lehrreichen Worten über die Bedeutung des christlichen Gewerkschaftswesens in Essen verbreitete. Sodann erhielt das Wort Kollegin Herberts aus Kassen, die in ermunternden Worten die Kolleginnen anrief, mitzuwirken, damit unsere Bewegung in Oberbruch den Berg erklimmen möchte, auf dem sich die Familie der christlichen Gewerkschaften befindet, und auch der deutschen Frau das Recht zum Herrschen gegeben werde in ihrem Sinne. Ferner sprach noch unser Kollege Paul Böhrer vom Lokalsekretariat Oberbruch. Auch seine Lernigen Worte waren getragen von der Hoffnung, daß, wenn ein jeder seine Pflicht tut, auf dem Posten, wo er gerade steht, daß es dann mit unserer Bewegung auch in Oberbruch vorangehen muß und wird. Reicher Beifall lobte die trefflichen Ausführungen der Kollegin Müller, der Kollegen Müller und Böhrer. Gegen 7 Uhr wurde die Versammlung, die schön verlaufen ist, durch den Vorsitzenden geschlossen.

Wipperfurth. Das Familienfest, veranstaltet von unserer Ortsgruppe im Lokale Brunnen, nahm einen sehr schönen Verlauf. Der Zeitpunkt des Beginns, der wegen besonderer Verhältnisse auf 4 Uhr gesetzt werden mußte, stellte sich als zu früh für die einzelnen Familien heraus. Deshalb konnte der Vorsitzende Kollege H. Gronwald durch eine herzliche Begrüßungsansprache erst eine Stunde später beginnen. Die Musik spielte angenehm, vielen Beifall findende Weisen. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß von Kollegin H. Müller mit guter Vortragswaise gesprochenen Prolog der die christliche Arbeit verherrlichte. Auch die zwei Einakter, vorzüglich gespielt, entfalteten ein wahres Pathos. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete die Festspreche, welche der Sekretariatsleiter Kollege Preis aus Ronsdorf hielt. In kurzen klaren Sätzen legte er dar, daß die Gewerkschaften eigentlich nicht da seien, um Feste zu feiern. Die Aufgaben seien ganz andere, besonders in der heutigen, bitteren ersten Zeit sei es notwendig, daß auf gewerkschaftlichem Gebiete alle Mitglieder auf dem Posten seien. Viel mehr wie früher müßte die Arbeiterchaft, entgegen ungünstigen Umständen, ihre Kräfte sammeln, die einzelnen Glieder der großen Feste in der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch eintrages schulen fähigen, damit frühere Zeiten, wo die Arbeiterchaft es nicht verstanden hatte, sich geschickten zu organisieren, nie mehr wiederkehren. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß zu verzagen, nicht müde zu werden, bis die Angestellten und Arbeiterchaft, Hand- und Fußarbeiter durch fortwährendes Kampfen auf geistigem Gebiet sich den Platz erobert hätten, der ihnen z'kommt. In diesem Sinne gedacht, könnten wir es auch versuchen, wenn sich die Mitglieder einmal im Jahre vor dem alljährlichen Leben frei machen und so mit einer fröhlichen Pause, im trauten Kreise dieser großen Familiengemeinschaft ihre Sorgen auf ein paar Stunden vergessen lassen. Nachdem Kollege Gronwald allen Mitwirkenden gedankt, setzte die Musik zum Tanz ein. Mit nur allein die Jugend kam zu ihrem Recht, sondern auch alle ergrauten Pärchen schloß jugendliche Frische bei den lodenden Tanzmelodien und verteilte mit der Jugend.

† Sterbetafel. †

Johanna Walter-Vogel. H. Jander-Vogel. Christine Engel-Vogel. Gregor Vogt-Vogel. Berngard Zwick-Vogel. Anna Walter-Reichlingen. Mathias Wallroff-Köln. Maria Heider-Greven. Anna Kuhn-Gardt. Wilhelmine Kani-Jand. Gabriel Kohn-Düren. Maria Heider-Greven. Josef Krennert-Gort. (E.) Elise Köpfer-Engsbury Maria Kappel-Gort. Maria Krennert-Gort. Maria Krennert-Gort. Peter Peter-Reichlingen. Mathias Theon-Lobberich. Robert Wipf-Altendorf. Ludwig Schmidt-Sommerfeld. Gerhard Krennert-Köln. Johann Krennert-Siegers. Friedrich Argus. Friedrich Krennert. Josef Krennert. Anna Schmidt-Köln. August Krennert-Stadthagen. Peter Krennert. Albert Krennert-Nordhorn. August Krennert-Altendorf. Heinrich Krennert-Greven.